

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 13:02 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 82. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir auch die-ses Mal wieder in hälftiger Besetzung tagen. Die Regierungserklärung von Staatsmi-nister Klaus Holetschek wird wieder live über BR 24 übertragen.

Gleich zu Beginn möchte ich aber eine Entwicklung ansprechen, die mir persönlich sehr am Herzen liegt bzw. die ich mir sehr zu Herzen nehme. Sie betrifft uns alle als gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten, als freie Abgeordnete. Am vergan-genen Donnerstag haben wir in der KZ-Gedenkstätte Dachau der mehr als 200.000 Gefangenen und der mindestens 41.500 Menschen gedacht, für die die Ret-ter vor 76 Jahren zu spät kamen. Wir können die Geschichte nicht verändern, aber die Geschichte verändert uns, und sie muss uns auch verändern. Sie muss uns wachs-amer machen und wehrhaft gegen alle Anfänge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Dachau ist heute das Symbol für brutale, tödliche Einschüchterung als Machtmethode. Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung, auch politisch Andersdenkender, waren Herrschaftsinstrumente der nationalsozialisti-schen Diktatur. Demgegenüber fordert unsere Demokratie auf zum Widerspruch. Hier im Parlament fechten wir die Themen aus. Die Debatte, der Streit, das Ringen um die besten Argumente und die richtigen Lösungen, auch das macht eine lebendige Demo-kratie aus, solange sich alle Beteiligten an die Regeln halten. Und hier erfüllen mich Entwicklungen der jüngeren Zeit nun aber mit großer Sorge.

Schon vor Corona war die Verrohung in unserer Gesellschaft deutlich spürbar, in Le-serbriefen und auch bei Demonstrationen. Am deutlichsten aber sind diese Exzesse im Internet wahrnehmbar. Während der Pandemie haben Hass und Hetze noch einmal deutlich zugenommen. Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

sind das Ziel von Angriffen. Aktuellen Umfragen zufolge werden über 70 % der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland beleidigt, beschimpft, bedroht oder sogar tätlich angegriffen. Ehrenamtliche wie Berufspolitiker sehen sich vermehrt Drohungen und Attacken ausgesetzt. In Einzelfällen ist aus Worten auch schon Gewalt geworden.

Umso mehr müssen wir ernst nehmen, wenn im Netz sogenannte Todeslisten kursieren, die Abgeordnete "zum Abschuss" freigeben, und das, weil deren Abstimmungsverhalten im Parlament nicht akzeptiert wird. Längst reden wir nicht mehr von Einzelfällen, sondern von einem politischen und gesellschaftlichen Klima. Die registrierten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger haben sich im vergangenen Jahr verdoppelt. Vermutlich jede und jeder von uns hier im Bayerischen Landtag kann Zuschriften zitieren, die eigentlich niemand zitieren will. Ich werde es nachher trotzdem tun.

Erst vor wenigen Tagen haben mir eine Kollegin und ein Kollege des Deutschen Bundestages Screenshots von "Telegram" zugeschickt, die mich echt erschüttert haben. Es geht um die Abstimmung über die bundeseinheitliche Notbremse. Dagegen wird Stimmung gemacht, und dann wird unverblümt gedroht, und jetzt zitiere ich: "Erinnert den Drecksack doch mal an Walter Lübcke, der so plötzlich von uns ging...". – Das sind offene Drohungen, das sind Morddrohungen.

Moralische oder juristische Hemmschwellen sind im Internet verloren gegangen. Sei es der vermeintliche Schutz der Anonymität, sei es die sich aufschaukelnde und bestärkende Aura der eigenen Blase, was auch immer Menschen dazu bewegt, ihre gute Kinderstube und ihre Rechtstreue aufzugeben, dieses Übertreten der roten Linie darf nicht folgenlos bleiben. Wer beleidigt, diffamiert und droht, überschreitet eine Grenze, ebenso, wenn vom Systemsturz schwadroniert wird, wenn Verschwörungserzählungen als Rechtfertigung für Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten, gegen Andersdenkende oder gegen staatliche Repräsentantinnen und Repräsentanten genutzt werden. Derartige Auswüchse sind inakzeptabel. Strafrechtlich relevante Beschimpf-

fungen, Beleidigungen und Bedrohungen müssen in unserem Rechtsstaat geahndet und natürlich auch sanktioniert werden.

Mich treibt aber noch etwas um. Das Erregte, das Laute und das Schrille, das ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite herrscht Stille, oft verantwortungsloses Schweigen. Warum wird den Pöbelnden und den Extremen, egal ob von links oder von rechts, nicht vehementer widersprochen, wenn sie das hohe Gut der Meinungsfreiheit sprengen und Menschen diffamieren?

Da ist auch Zivilcourage gefragt. Da sind die Mitdiskutierenden in der Pflicht, vor allem aber die Betreiber und die Verantwortlichen der Websites und der Social Media Accounts. Straftaten oder Aufrufe zu Straftaten bis hin zum Mord müssen angezeigt werden. Da darf es keine Gleichgültigkeit geben und auch keine Toleranz. Wir erleben Demonstrationen, wo keine Distanz zu Antidemokraten gewahrt wird. Wir erleben online dasselbe Phänomen. Nicht selten sind es Tausende, die in einem Chat, einem Forum oder unter einem Hashtag diskutieren. Wenn es aber inakzeptabel wird, wenn das Dahingeschwurbelte zur Drohung und zur Hetze wird, also zu einem Fall für den Staatsschutz oder für die Staatsanwaltschaft, dann sollte das auch jeden Mitdiskutanten und jede MitdiskutantIn auf den Plan rufen. Stattdessen: tausendfaches Schweigen. Meist regt sich kaum oder gar kein Widerspruch. Es wird einfach weitergechattet, und der Hass bleibt stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Debatte. Bei aller Gegensätzlichkeit politischer Überzeugungen und Wege sollte ein demokratischer Konsens der Akteure alle vereinen: die Akzeptanz geschriebener und ungeschriebener Regeln des Miteinanders. Ich trete jederzeit für eine leidenschaftliche Debatte ein, und das tun Sie alle wahrscheinlich auch. Leidenschaft darf aber niemals die Vernunft ausschalten und schon gar nicht das Gesetz und den Respekt vor der Menschenwürde. Ein Klima der Angst darf in unserer Gesellschaft nicht heraufziehen. Deshalb appelliere ich an Sie alle, aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Uns ist als Demokraten die Freiheit geschenkt worden. Lassen

Sie uns die notwendigen demokratischen Diskussionen an allen Orten der Begegnung engagiert, couragiert, fair und anständig führen. Stellen wir uns gemeinsam auch dem Hass im Netz und der Gewalt entgegen. – Das ist meine Bitte an Sie.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, sich zum Gedenken vom Platz zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 29. April ist im Alter von 79 Jahren Dietrich Freiherr von Gumpfenberg verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1990 bis 1994 sowie von 2012 bis 2013 an und vertrat für die FDP den Wahlkreis Oberbayern.

Im Bayerischen Landtag war er Sprecher für Wirtschafts- und Verkehrspolitik seiner Fraktion und unter anderem Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Auch in der Kommunalpolitik war er als Mitglied des Gemeinderates in Bayerbach und des Kreistages Rottal-Inn aktiv.

Dietrich Freiherr von Gumpfenberg war ein Freund klarer Worte. Er scheute weder Gegenrede noch ungewöhnliche Ideen. Sein besonderer Einsatz galt dem Mittelstand und dem ländlichen Raum, speziell in den ehemaligen Grenzregionen nach der Wiedervereinigung. Auch sein soziales Engagement wurde sehr geschätzt.

Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen um den Verstorbenen und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. –

Sie haben sich zum Gedenken erhoben. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Auch heute liegen Trauer und Freude eng zusammen. Am 24. April hat Frau Kollegin Christina Haubrich einen runden Geburtstag gefeiert, und heute haben Geburtstag Kollege Bergmüller, Kollege Plenk und Kollege Körber. Allen Geburtstagskindern herzliche Gratulation im Namen des Hohen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen folgende Ausschuss- bzw. Gremienumbesetzungen der Fraktion der FREIEN WÄHLER mit. Kollege Tobias Gotthardt ist neues Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus anstelle von Frau Eva Gottstein und wurde am 29. April 2021 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Außerdem ist Kollege Dr. Leopold Herz neues Mitglied im Bildungsausschuss anstelle von Herrn Kollegen Nikolaus Kraus. Anstelle von Herrn Tobias Gotthardt ist die Kollegin Gabi Schmidt als neues Mitglied in den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen gewechselt.

Als neues Mitglied im Landesbeirat für Erwachsenenbildung wurde Kollege Tobias Gotthardt anstelle von Herrn Kollegen Nikolaus Kraus benannt.

Des Weiteren ist Herr Kollege Bernhard Pohl anstelle von Herrn Manfred Eibl nun Mitglied der Kontrollkommission BayernFonds. Frau Kollegin Gabi Schmidt ist neues stellvertretendes Mitglied in diesem Gremium anstelle von Tobias Gotthardt. Wer für Herrn Bernhard Pohl als stellvertretendes Mitglied nachrückt, wird noch nachgemeldet.

Ich wünsche allen Genannten viel Erfolg und Freude an den neuen Aufgaben und Tätigkeiten.